

# Nachrichten aus dem *netz*.



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 115 | Nov.– Dez | 2005

Leitartikel

## Fragwürdigkeiten der Globalisierung

**D**iese Ausgabe von Nachrichten aus dem Netz greift einige der kritischsten Aspekte aus den Debatten über die momentanen globalen Wirtschaftskräfte auf und beleuchtet deren Auswirkung auf das soziale Europa. In den folgenden Analysen wurde festgestellt, dass die neoliberale Globalisierung innerhalb und zwischen den Ländern zu einer Verschärfung der Ungleichheiten führt und Menschen für soziale Risiken wie Arbeitslosigkeit, einem fehlenden Zugang zu Dienstleistungen, Diskriminierung und soziale Ausgrenzung verletzlicher macht.

Weltweit werden die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich immer größer, eine Tendenz, die sich auch in den reichsten Nationen und in der EU bemerkbar macht. Die Globalisierung sorgt dafür, dass Sozialstaaten in Wettbewerb zueinander stehen und stellt das europäische Sozialmodell in Frage.

Für das EAPN ist jedoch klar, dass Europa starke Sozialstaaten braucht, und starke Sozialstaaten brauchen ein starkes soziales Europa. Eine Europäische Union, die für das europäische Projekt eine Zukunft sieht, sollte nicht zulassen, dass die momentane wirtschaftliche Globalisierung in ihrer raubtierkapitalistischen Form das europäische Sozialmodell in Frage stellt. Sie sollte nicht gestatten, dass unregulierte Finanzmärkte, die von Steuerparadiesen aus operieren, oder Offshore-Firmen die Grundsätze und Werte des sozialen Europas demontieren.

Es sind diese Grundsätze und Werte, die uns als Europäerinnen und Europäer verbinden. Sie sind der stärkste Teil unserer kollektiven Identität.

Die Europäische Union sollte ihre Rolle als globaler Partner verstärken und die aktuellen Ausprägungen der globalen Kräfte, ihre Strukturen und ihren Antrieb in Frage stellen. Die soziale Dimension der Globalisierung weist ein enormes Potenzial auf, und ein gestärktes europäisches Sozialmodell kann dieses Potenzial für eine nachhaltige Entwicklung, für globale Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Solidarität freisetzen.

Maria Marinakou  
EAPN-Präsidentin

## DIE AUSWIRKUNG DER GLOBALISIERUNG

### INHALT

#### Globalisierung

•Kommt die Globalisierung den Armen zugute?	2
•Globale Armut – die Fakten	4
•Die Europäische Union als Global Player	4
•EU: Die weltweit größte Geberin	5
•Die soziale Dimension der Globalisierung	6
•Weltsozialforen 2006-07	7
•Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt sind kein Widerspruch	8
•Der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum ... aber zu welchem Preis?	9
•Tragen Sie ein weißes Band	10
•Die Globalisierung und der Arbeitsmarkt	10
•Schlechte Arbeitsbedingungen	11
•Eine gute Gesundheit nur für den, der sie sich leisten kann?	12
•Die Gesundheit als Quelle des Reichtums	13
•UN-Millenniumsziele – eine nordische Sicht	13

#### Nachrichten aus Schweden

• Die soziale Lage in Schweden: Ein Schritt nach vorn, ein Schritt zurück ...	14
• Das Profil von EAPN Schweden	15
• Interview mit dem schwedischen Minister für Volksgesundheit und Sozialdienstleistungen, Morgan Johansson	15
• Impressum	16

## Die Globalisierung ist von vier Arten der Veränderung gekennzeichnet:

" Sie beinhaltet eine Ausdehnung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten über politische Grenzen, Regionen und Kontinente hinweg;

" Sie gibt zur Vermutung Anlass, dass es zu einer Intensivierung der globalen Verflechtung und der Handelsströme, der Investitionen, der Finanzen, der Migration, der Kultur usw. kommt;

" Das wachsende Ausmaß und die zunehmende Intensität der globalen Verflechtung kann mit der Entwicklung weltweiter Verkehrssysteme verbunden sein, während die Kommunikation die Verbreitung von Ideen, Gütern, Informationen und Kapital und die Ausbreitung der Menschen beschleunigt;

" Das wachsende Ausmaß und die zunehmende Intensität und Geschwindigkeit globaler Wechselwirkungen können mit einer Verstärkung ihrer Auswirkung einhergehen, sodass sich die Folgen ferner Geschehnisse an ganz anderem Ort enorm bemerkbar machen und selbst eine noch so lokale Entwicklung immense globale Konsequenzen nach sich ziehen kann. In dieser Hinsicht verwischen die Grenzen zwischen nationalen Fragen und globalen Angelegenheiten immer mehr.

Held, David und McGrew, Anthony:  
Polity Global Transformations text-site, <http://www.polity.co.uk/global>

## Globalisierung

### Kommt die Globalisierung den Armen zugute?

**Über Globalisierung wird zwar viel geredet, doch herrscht Uneinigkeit, was Globalisierung genau ist ...**

**M**ultinationale Unternehmen schießen wie Pilze aus dem Boden, Arbeitsplätze werden nach China verlegt, Wirtschaftsverbände drohen mit weiterer Abwanderung aufgrund der hohen Lohnkosten, eine Privatisierung der staatlichen Gesundheitssysteme ... Tausende Nicht-Europäer, die ins vermeintliche Paradies wollen und von denen viele beim Versuch ihr Leben verlieren, ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit - eine menschliche Unsicherheit, die uns angesichts stärkerer Kräfte verletzlich macht und die dazu führt, dass viele von uns in diesem Wettbewerb (fast) ohne Regeln auf der Strecke bleiben. Allein in der Europäischen Union sind 68 Millionen Menschen von Armut bedroht, während weltweit mehr als eine Milliarde Menschen von extremer Armut betroffen sind. Und leider steigen die Zahlen in vielen Regionen der Welt weiter an.

Bei so verwickelten Zusammenhängen fragt man sich häufig, was Globalisierung überhaupt ist. Welche Kräfte treiben sie an? Wie wirkt sie sich auf unser Leben aus? Und wie wirkt sie sich auf das Leben anderer Menschen irgendwo in der Welt da draußen aus? Ist sie unvermeidlich? Gibt es für uns ein Zurück zur "guten alten Zeit"? Und wenn nicht: Was muss getan werden, um das Risiko in eine Chance auf ein "gutes Leben für alle" zu verwandeln?

#### Globalisierung - Was ist das?

Globalisierung - die "Mode-Idee" des ausgehenden 20. Jahrhunderts - lässt sich nicht klar definieren. Der Begriff "Globalisierung" umfasst jedoch Elemente einer weitverbreiteten Wahrnehmung, dass alle Aspekte des Lebens weltweit immer enger, stärker und schneller

miteinander verflochten sind. Das Problem scheint eine "globale Verschiebung" zu sein: Stehen wir - oder stehen wir nicht - am Beginn einer globalen Verschiebung, die enorme politische, wirtschaftliche und kulturelle Auswirkungen mit sich bringt?

Man kann die Globalisierung leicht als einen Prozess - bzw. eine Reihe von Prozessen - ansehen, der eine Veränderung der räumlichen Organisation der sozialen Beziehungen und der Transaktionen umfasst und transkontinentale oder interregionale Ströme und Aktions-, Wechselwirkungs- und Machtnetze erzeugt.

#### Wie wirkt sich die Globalisierung auf unser Leben aus?

Wir müssen nur unseren Alltag betrachten, um festzustellen, dass die Globalisierung unser tägliches Leben unbestreitbar formt und beeinflusst. Zwar bietet uns die Globalisierung auch neue Herausforderungen und Chancen, doch birgt sie zugleich zahlreiche Risiken. Und das Problem besteht darin, dass sowohl die Risiken als auch die Chancen ungleichmäßig auf die Menschen und Regionen der Welt verteilt sind. Wenn es heißt, dass sich die Globalisierung auf "unser Leben" auswirkt, ist es von Bedeutung, von wessen Leben hier genau die Rede ist.

Sich auf eine Definition der Globalisierung zu einigen, ist schon schwierig genug; noch schwieriger ist es jedoch, sich darauf zu einigen - oder einen Beweis zu erbringen - wie die positiven und negativen Auswirkungen der Globalisierung auf unsere Wirtschaftssysteme, auf unsere Gesellschaften und auf uns als Menschen, die wir mit ihnen fertig werden müssen, aussehen. Während die wirtschaftlichen Folgen der Globalisierung auf allgemeines Interesse zu stoßen scheinen, wird nur wenig erforscht, wie sich die Globalisierung

auf unsere Gesellschaften und auf die Menschen auswirkt. Es lässt sich jedoch kaum bestreiten, dass die größere Last dieses Prozesses auf den Schultern derjenigen liegt, die am wenigsten dafür gewappnet sind, in unseren immer wettbewerbsorientierteren globalen Wirtschaften und Gesellschaften mitzuhalten. Die Globalisierung folgt keinen Naturgesetzen - genauso wenig jedes andere von Menschen angetriebene Phänomen. Sie wird von den politischen Entscheidungen der beteiligten Akteure geprägt. Und leider haben wir es seit den 1990er-Jahren mit einem vorherrschenden neoliberalen Paradigma zu tun, das versuchte, den Markt als das effizienteste und am besten geeignete Instrument zur Förderung des Wachstums und der sozialen Entwicklung zu preisen. Die Realität sieht jedoch so aus, dass jede weitreichende wirtschaftliche und soziale Veränderung Gewinner und Verlierer hervorbringt. Und der Markt wiederum kümmert sich nur wenig bzw. gar nicht um die Verlierer. Unter diesen Umständen fällt den Institutionen die Rolle zu, bei der Leitung des Veränderungsprozesses zu helfen, d.h. die wirtschaftlichen Chancen für alle zu maximieren und den Menschen das nötige Rüstzeug mitzugeben, damit sie diese Chancen auch nutzen können.

### Eine Chance auf "ein gutes Leben für alle"?

Dass Globalisierung den Armen zugute kommt oder gegen sie arbeitet, ist keine in Stein gemeißelte Wahrheit. Vielmehr hängt hier alles von der Politik ab, die Regierungen und internationale Institutionen verfolgen. Richtig gelenkt kann der neue Reichtum, den die Globalisierung produziert, die Grundlage bilden, um Millionen der ärmsten Menschen der Welt aus der Armut zu befrei-



en. Bei einer schlechten Lenkung kann er zu ihrer weiteren Marginalisierung und Verarmung führen. Keine dieser Entwicklungen geschieht zwangsläufig: Sie hängen von den Entscheidungen der Regierungen, der internationalen Institutionen, des privaten Sektors und der Zivilgesellschaft ab.

Stärkere regionale und internationale Institutionen und ein entschiedeneres Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und eine neu verteilende Gerechtigkeit auf regionaler, nationaler, und internationaler Ebene sind nötig, damit die Globalisierung den Menschen zugute kommt, die von Armut

betroffen sind. Europas politische Entscheidungsträger scheinen nur auf das eine Ziel konzentriert zu sein, die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen. Welche Auswirkungen hat diese Entscheidung aber auf die Menschen in Europa, die von Armut betroffen sind? Und was ist mit den Menschen außerhalb der EU, die von Armut betroffen sind? Soll nur die Wettbewerbsfähigkeit gestärkt werden oder lieber doch die Solidarität innerhalb von Europa und zwischen Europa und der restlichen Welt? Armut zur Vergangenheit zu machen verlangt eine massive Änderung unserer wirtschaftlichen Paradigmen, die von einem starken politischen Willen geleitet sein muss, den bedrohlichsten Herausforderungen unserer menschlichen Zivilisation, wie Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit, entgegenzuwirken

Nuria Molina

"Die Globalisierung erzeugt großen Reichtum, der für die Bekämpfung der Armut und Ungleichheit in der Welt eingesetzt werden könnte. Die 225 reichsten Menschen der Welt haben zusammen ein Vermögen, das dem Jahreseinkommen der ärmsten 47 % der Weltbevölkerung entspricht. Wir müssen versuchen, dieses neue Zeitalter auf eine Weise zu lenken, dass solche eklatante Ungleichheiten reduziert und Millionen von Menschen aus der Armut befreit werden."

Clare Short, ehemalige britische Ministerin für internationale Entwicklung

"Die wirtschaftliche Globalisierung hat sich zum Krieg gegen die Natur und die Menschen, die von Armut betroffen sind, entwickelt. Die Regeln der Globalisierung sind jedoch nicht gottgegeben. Sie können geändert werden. Wir müssen diesen Krieg beenden. Wir brauchen ein auf Regeln basierendes System, wobei nicht die Regel des Handels gilt, sondern diejenige der Dinge, die wirklich wertvoll sind: Natur, Kultur, Gerechtigkeit und die Zukunft."

Vandana Shiva, Aktivistin der Zivilgesellschaft und Autorin

## Globale Armut - die Fakten

- ☞ Die Hälfte der Weltbevölkerung - nahezu drei Milliarden Menschen - lebt von weniger als zwei US-Dollar pro Tag.
- ☞ 20 % der Bevölkerung in den Industrienationen verbrauchen 86 % der globalen Güter.
- ☞ Das Bruttoinlandsprodukt der 48 ärmsten Nationen (d.h. ein Viertel aller Länder der Welt) ist geringer als das Vermögen der drei reichsten Menschen der Erde zusammengenommen.
- ☞ Weniger als 1 % der Summe, die weltweit jährlich für Rüstung ausgegeben wird, hätte ausgereicht, um allen Kindern dieser Welt bis zum Jahr 2000 den Schulbesuch zu ermöglichen, und doch ist dies nicht geschehen.
- ☞ Den oberen 20 % der Weltbevölkerung, die in den reichsten Ländern der Welt leben, kommen 82 % des zunehmenden Exporthandels und 68 % der ausländischen Direktinvestitionen zugute, während sich die unteren 20 % mit kaum mehr als 1 % begnügen müssen.
- ☞ 1960 hatten die 20 % der Weltbevölkerung in den reichsten Ländern ein 30 Mal höheres Einkommen als die ärmsten 20 % - 1997 war ihr Einkommen 74 Mal so hoch.

- ☞ Die Dritte Welt muss mittlerweile zur Schuldentilgung für jeden US-Dollar, den sie als Subvention erhält, 13 US-Dollar zurückzahlen.
- ☞ Das Vermögen der 200 reichsten Menschen der Welt zusammengekommen erreichte im Jahr 2001 eine Billion US-Dollar; das gesamte Einkommen der 582 Millionen Menschen, die in den 43 unterentwickeltesten Ländern der Welt leben, beträgt 146 Milliarden Dollar.
- ☞ Die 50 Millionen reichsten Menschen in Europa und den USA verfügen über das gleiche Einkommen wie 2,7 Milliarden Menschen, die von Armut betroffen sind.
- ☞ Kaum 12 % der Weltbevölkerung verbrauchen 85 % des Wassers, und diese 12 % leben nicht in der Dritten Welt.

Quelle: EAPN-Buch "The EU We Want", Kapitel zur Globalisierung von Maria Marinakou

## Die Europäische Union als Global Player

Die EU ist die größte Handelsmacht der Welt und stellt mehr Hilfsgelder zur Verfügung als jeder andere Spender

Die EU entstand nach dem Zweiten Weltkrieg und ihr Hauptziel war, die Nationen und Menschen Europas einander näher zu bringen. Durch ihre Erweiterungen und die Übernahme neuer Pflichten hat sich die EU jedoch veranlasst gesehen, ihre Beziehungen zur restlichen Welt neu zu definieren.

### Handelspolitik

Die EU ist die größte Handelsmacht der Welt und steht für 20 % der globalen Importe und Exporte. Ihrer Ansicht nach "kann die Globalisierung für alle wirtschaftlich von Nutzen sein, auch für die Entwicklungsländer, vorausgesetzt, es werden auf multilateraler Ebene geeignete Regeln verabschiedet und Bemühungen unternommen, Entwicklungsländer in den Welthandel zu integrieren". Die EU hat daher eine gemeinsame Handelspolitik auf zwei Ebenen entwickelt: zum einen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO), und zum anderen über eigene bilaterale Handelsabkommen, die nicht nur den Handel und die traditionelle finanzielle und technische Hilfe abdecken, sondern auch

Wirtschafts- und weitere Reformen sowie die Unterstützung für Infrastruktur-, Gesundheits- und Bildungsprogramme. Sie bieten ebenfalls einen Rahmen für den politischen Dialog und enthalten eine Klausel, die es der EU ermöglicht, Handel oder Hilfe auszusetzen oder zu stoppen, wenn das Partnerland Menschenrechte verletzt.

### Förderung der Menschenrechte

Die EU bemüht sich, die Achtung der Menschenrechte in ihren Mitgliedstaaten und darüber hinaus zu fördern. Sie konzentriert sich auf bürgerliche, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Außerdem versucht sie, die Rechte von Frauen und Kindern sowie von Minderheiten und Vertriebenen zu fördern. Die Frage der Menschenrechte ist Teil der EU-Handels- und Kooperationsabkom-



Flüchtlingslager (Serbien und Montenegro)  
© EC/J. Silva Rodrigues



## Die weltweit größte Geberin

Etwa 55 % der Gelder zur Unterstützung der Entwicklungsländer kommen aus der EU oder ihren einzelnen Mitgliedstaaten, was im Jahr 2004 35 Milliarden Euro ausmachte (von denen ca. 6 Milliarden Euro über die EU-Institutionen bewilligt wurden) und wodurch die EU zur größten Geberin der Welt wird. Die EU hat sich verpflichtet, die jährliche Gesamtsumme bis 2006 auf 39 Milliarden Euro anzuheben. Obwohl die EU-Mitgliedstaaten - wie andere Industrieländer auch - das Ziel angenommen haben, jährlich 0,7 % ihres Bruttonationalprodukts für Entwicklungshilfe zu verwenden, haben lediglich Dänemark, Luxemburg, die Niederlande und Schweden dieses Ziel erreicht. Die anderen Länder haben versprochen, ihren Rückstand aufzuholen. Der allgemeine EU-Durchschnitt liegt bei 0,34 % und ist somit immer noch höher als derjenige der USA oder Japans.

Die EU-Entwicklungsstrategie konzentriert sich darauf, Entwicklungsländern zu helfen, einen besseren Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser, zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung, Land und sozialen Diensten, eine bessere Infrastruktur und eine sauberere Umwelt sicherzustellen. Die Initiativen der EU zielen auch darauf ab, Krankheiten zu bekämpfen und Zugang zu erschwinglichen Arzneimitteln zur Bekämpfung von HIV/Aids und dergleichen zu ermöglichen. Außerdem versucht die EU, die Schuldenlast der armen Länder zu verringern.

Quelle: EK

Arbeiten an einer Feuerwehration - Podgorica (Serbien und Montenegro) © EC/A. Zrno

men, und ihre Einhaltung bildet eine Voraussetzung für Länder, die der EU beitreten wollen. Außerdem bietet die EU niedrigere Zölle auf Importe aus Ländern, die die grundlegenden Arbeitsbedingungen und Arbeitsnormen einhalten, die von der Internationalen Arbeitsorganisation festgelegt wurden.

### Gemeinsame Außenpolitik

Die Mitgliedstaaten arbeiten für einen kohärenten Ansatz zur Außenpolitik zusammen. Im Verlauf der Jahre wurden Fortschritte jedoch nur schleppend erzielt. Die Konflikte, die nach dem Fall der Mauer ausbrachen, drängten die Entscheidungsträger in der EU zu gemeinsamen Handeln. Der Grundsatz einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) wurde 1992 im Vertrag von Maastricht formalisiert.

Angesichts der Balkankriege und der Konflikte in Afrika in den 1990er-Jahren stellte die EU eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf die Beine, in deren Rahmen Militär oder Polizeikräfte in Krisenregionen geschickt werden können, um humanitäre Aktionen, friedenserhaltende Aufgaben, die Krisenbewältigung und sogar friedensschaffende Maßnahmen zu übernehmen.

### Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe

Die EU (Europäische Kommission und Mitgliedstaaten) bringt nahezu die Hälfte der weltweiten Gesamtsumme für Entwicklungshilfe auf, und ist somit die größte Geberin der Welt (siehe nebenstehenden Artikel). Die Ent-

wicklungshilfe und die Zusammenarbeit konzentrierten sich ursprünglich auf Afrika, wurden aber auf Asien, Lateinamerika, und die südlichen und östlichen Mittelmeerländer ausgeweitet.

Die Europäische Union begann in den 1970er-Jahren, humanitäre Hilfe zu bieten. Humanitäre Hilfe unterliegt keinen Bedingungen und hat zum Ziel, Opfern so schnell wie möglich beizustehen. Die Europäische Union nutzt auch ihre Erfahrung, um Menschen in Hochrisikoländern und -regionen, die häufig von Erdbeben, Hurrikanen, Überschwemmungen oder Trockenheit betroffen sind, Hilfe bei der Vorbereitung auf mögliche Katastrophen zu bieten. Die EU bewilligt ihre Hilfsmittel über ihr Amt für humanitäre Hilfe (ECHO). Aus seinem Budget von jährlich über 500 Millionen Euro finanziert ECHO auch Ärzteteams, Fachleute für Minenräumung, Verkehrsmittel und Logistikhilfe.

Quelle: "A World Player - The EU's external relations", Juli 2004. Siehe auch 'The EU in the world' unter:

<http://www.europa.eu.int/comm/world/>

Claire Champeix  
EAPN, Verantwortl. Politik



## Nützliche Links

" Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung (WCSDG), einschließlich des Berichts "A Fair Globalization: Creating Opportunities for All": <http://www.ilo.org/public/english/fairglobalization/index.htm>

" Mitteilung der Kommission zur sozialen Dimension der Globalisierung: [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/international\\_cooperation/globalization\\_front\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/employment_social/international_cooperation/globalization_front_en.htm)

" Antwort des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) auf die Mitteilung: <http://www.etuc.org/a/365>

" Bericht des Europäischen Parlaments zur sozialen Dimension der Globalisierung (Ref: A6-0308/2005, Berichterstatter: Abgeordneter des Europäischen Parlaments Mihael Brejc): erhältlich auf der Website des Europäischen Parlaments unter <http://www.europarl.eu.int> (unter 'Tätigkeiten - Arbeiten des Parlaments - Berichte')

## Die soziale Dimension der Globalisierung

Die Europäische Union hat eine Diskussion darüber eröffnet, welchen Beitrag ihre Politik leistet, damit die Vorteile der Globalisierung allen zugute kommen.

Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) hat 2002 die Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung (WCSDG) gegründet und diese beauftragt, einen Bericht zur sozialen Auswirkung der Globalisierung zu erstellen. Diese Initiative kam genau richtig, nämlich zu einem Zeitpunkt, als von vielen Seiten massive Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung laut wurde, mit der Begründung, dass die soziale Auswirkung dieses Prozesses bewusst ignoriert werde.

Der Bericht **A Fair Globalization: Creating Opportunities for All** wurde im Februar 2004 veröffentlicht und sendet eine kritische, aber positive Botschaft aus, die auf eine Korrektur des derzeitigen Globalisierungspfades abzielt. Der Bericht stellt fest, dass die globale Marktwirtschaft nachweislich über eine große produktive Kapazität verfügt, und richtig gelenkt könne sie einen beispiellosen materiellen Fortschritt bewirken, produktivere und bessere Arbeitsplätze für alle schaffen und einen wichtigen Beitrag zur Verringerung der Armut in der Welt leisten. Er erklärt jedoch auch, dass der derzeitige Prozess der Globalisierung zu unausgewogenen Ergebnissen führt.

### Wirtschaftliche und soziale Fortschritte sollten Hand in Hand gehen

Im Mai 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission eine **Mitteilung zur sozialen Dimension der Globalisierung**, die als Antwort auf den Bericht der WCSDG gedacht war. Zwar werden die Vorteile gelobt, die der Globalisierungsprozess vielen Gebieten der Welt gebracht hat, doch stellt die Mitteilung der Kommission auch fest, dass nicht alle Länder und Gruppen gleichermaßen von diesen profitieren und dass das derzeitige Globalisierungsmodell ohne weltweit wirksame politische

Entscheidungsstrukturen zu unausgewogenen Ergebnissen führt und einer nachhaltigen globalen Entwicklung eher nicht zuträglich ist.

Die Mitteilung betont, dass sich die EU schon seit langem nach innen und außen dafür einsetzt, dass wirtschaftliche und soziale Fortschritte Hand in Hand gehen. Sie erinnert daran, dass die Lissabonner Agenda die Grundlage bildet für die konkreten Reaktionen der EU auf die Globalisierungsfolgen für Unternehmen, Arbeitsplätze und für die Bürgerinnen und Bürger in Europa. Die Mitteilung hebt auch eine Reihe von Aspekten des Wirtschafts- und Sozialmodells hervor, die für die Partner der EU von Interesse sein könnten, so sind Schwerpunkte des Modells der EU beispielsweise solide institutionelle Strukturen für die Durchführung der Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltpolitik und das Zusammenspiel zwischen diesen Bereichen, starke Strukturen für den sozialen Dialog und den Dialog mit der Zivilgesellschaft sowie Investitionen in das Humankapital und die Qualität der Beschäftigung.

### Verstärkung der politischen Kohärenz

Auf die Mitteilung der Kommission folgte ein Bericht des Ausschusses für Beschäftigung und Soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, der die Vorschläge der Kommission unterstützt und daran erinnert, dass es im Hinblick auf die internen Politikmaßnahmen der EU notwendig ist, dass die Mitgliedstaaten der überarbeiteten Lissabonner Agenda zum Erfolg verhelfen und Verantwortung übernehmen, um die für ihre Verwirklichung nötigen Reformen umzusetzen. Was externe Politikmaßnahmen anbelangt, stellt er die Bedeutung der politischen Kohärenz in den internationalen Institutionen heraus und begrüßt den Vorschlag, eine parlamentarische Gruppe zur Kontrolle des multilateralen Systems in Bezug auf die Kohärenz und Geschlossenheit der globalen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik einzurichten. Der

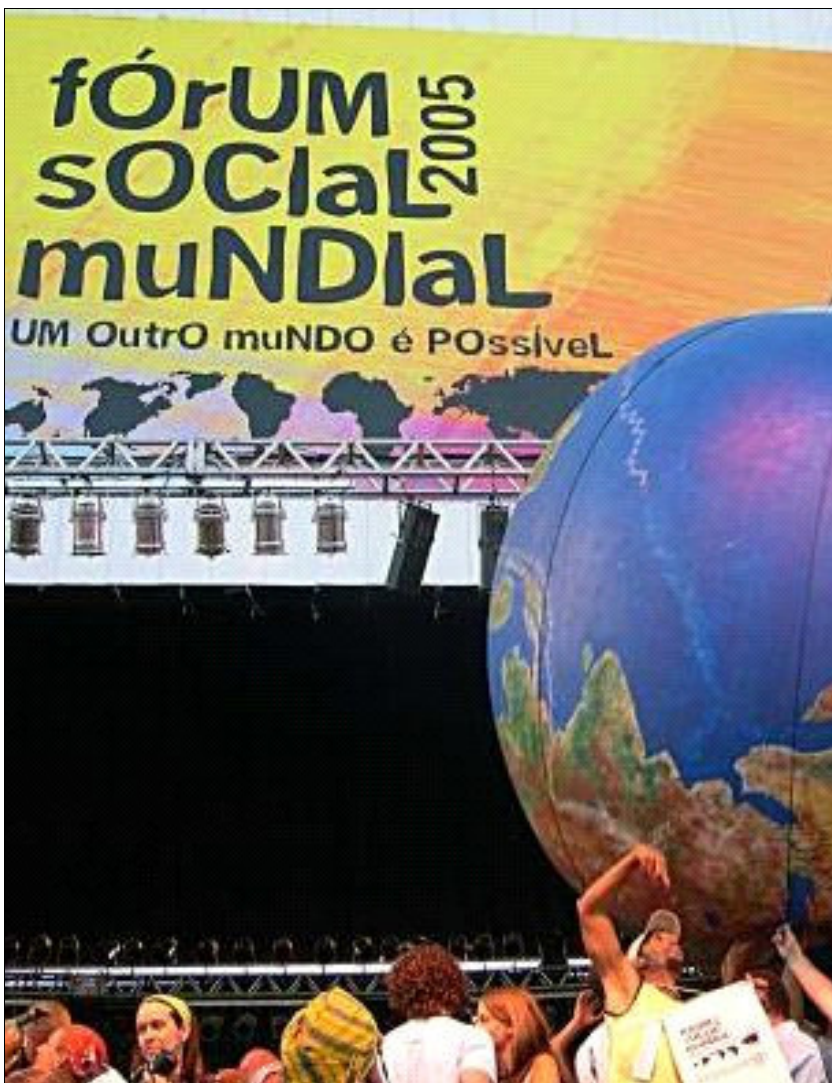
Berichtsentwurf stand am 14. November zwecks Diskussion und Annahme auf der Tagesordnung der Plenarsitzung.

Im Juli 2005 sandte das EAPN Änderungen zu diesem Bericht und betonte, dass Wirtschaftswachstum allein nicht ausreicht, um Armut zu beseitigen - und zwar weder in Europa, noch in der restlichen Welt - und auch nicht zu einer gerechteren Wohlstandsverteilung führt. Ansonsten begrüßte das EAPN die Bereitschaft der europäischen Institutionen, sich für eine größere Kohärenz der Politik der internationalen Institutionen einzusetzen, und hob hervor, dass eine

stärkere politische Kohärenz auch innerhalb der europäischen Institutionen nötig ist.

Nuria Molina

## Weltsozialforen 2006-07



WSF 2005 - Foto: Ricardo Stricher

Das **Weltsozialforum (WSF) 2006** wird vom 24.-29. Januar 2006 in Bamako im afrikanischen Mali stattfinden, parallel zu zwei weiteren mehrzentrischen Veranstaltungen in Caracas (Venezuela) und in Karachi (Pakistan). Das Weltsozialforum 2007 wiederum wird in Kenia, Afrika, abgehalten. Weitere Information unter: <http://www.forumsocialmundial.org.br/>

Das nächste Europäische Sozialforum (ESF) wird im April 2006 in Athen stattfinden. Laut ESF-Website ist das ESF "ein offener Treffpunkt, wo zivilgesellschaftliche Gruppen und Bewegungen zusammentreffen, die gegen Neoliberalismus und eine von Kapital oder jeglicher Form von Imperialismus dominierte Welt sind und sich für die Errichtung einer humanen Gesellschaft stark machen".

Weitere Informationen zum ESF unter: <http://www.fse-esf.org/>



## Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt sind kein Widerspruch

### Zuerst die Menschen, dann der Markt!

"Wir glauben, dass die vorherrschende Sicht der Globalisierung weg von einer engen Fokussierung auf Märkte und hin zu einer breiteren Fokussierung auf die Menschen gebracht werden muss. Die Globalisierung darf nicht länger eine exklusive Angelegenheit von Vorständen und Kabinettsitzungen sein: Sie muss die Bedürfnisse der einzelnen Menschen erfüllen, und zwar in der Gemeinschaft, in der sie leben."

Bericht der Weltkommission zur sozialen Dimension der Globalisierung 2004, S. vii

-----

Hans Peter Martin und Harald Schumann kamen in ihrem Buch "Die Globalisierungsfalle" zu dem Schluss, dass die Länder Europas gemeinsam gegen die Gefahr einer liberalisierenden Globalisierung tätig werden können und müssen, doch die Lösung bestehe nicht darin, die Festung Europa einer sich abzeichnenden Festung Amerika entgegenzustellen. Ziel könne es sein, dem destruktiven Neoliberalismus mit einer starken und realisierbaren europäischen Alternative entgegenzuwirken. Angesichts eines entfesselten globalen Kapitalismus könne nur ein vereintes Europa neue Regeln durchsetzen, die für ein besseres soziales Gleichgewicht und eine ökologische Neuordnung sorgen. Eine Europäische Union, die dieser Bezeichnung gerecht werde, könne auf die Trockenlegung der Steueroasen drängen, die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards einklagen oder eine Umsatzsteuer auf den Kapital- und Devisenhandel erheben.

Die Globalisierung stellt für Sozialstaaten weltweit eine Herausforderung dar, auch und insbesondere für das europäische Sozialmodell.

**D**iese Herausforderung ergibt sich zum einen daher, dass die neue globale Wirtschaft unreguliert ist, und zum anderen aus der neoliberalen Ideologie, die im globalen Diskurs über Sozialpolitik und soziale Entwicklung vorherrscht.

Der jüngste Trend hin zur Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führte zu einem schlechten Leistungsangebot, einer strengeren Auswahl der Empfänger und einem beschränkten Zugang für Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Dieser alarmierende Trend vollzieht sich parallel zu einer offensichtlichen Neuausrichtung der nationalen Sozialpolitiken, die zur sogenannten Rationalisierung der Sozialversicherungssysteme, einer Bedürftigkeitsprüfung unterliegenden Sozialhilfe usw. führt, ein Ergebnis der vorherrschenden Trennung zwischen denjenigen, die es "verdient haben" und denjenigen, die es "nicht verdient haben", einer Trennung zwischen Arm und Reich.

Die Aufmerksamkeit, die der Globalisierung zukam, richtete sich zumeist auf deren Auswirkung auf die Beschäftigung, insbesondere auf die Vollbeschäftigung, also einem der Ecksteine der Sozialstaaten im Nachkriegseuropa, wobei ein Verschwinden der Vollbeschäftigung wiederum Auswirkungen auf die Sozialversicherung und die sozialen Dienstleistungen haben kann. Die Liberalisierung grenzüberschreitender Kapitalbewegungen hat in hohem Maße dazu geführt, dass die Karten neu gemischt wurden, und zwar zum Nachteil von Regierungen, die versuchen, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Regierungen stehen vor der Frage, welche Art der Sozialpolitik am besten zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit passt, ohne sich dabei wirklich um die soziale Solidarität Gedanken zu machen.



### "Modernisierung" des Sozialschutzes

Die Rückkehr der Massenarbeitslosigkeit und die Versuche, soziale Rechte und Bürgerrechte zu beschneiden, was wiederum zu größerer Armut, Ungleichheit und sozialer Ausgrenzung führt, wirken wie eine Umwälzung des unausgesprochenen Sozialvertrags, d.h. des europäischen Sozialmodells, das in Westeuropa nach Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelt wurde.

Man könnte sagen, dass die Globalisierung Sozialstaaten in erster Linie in Wettbewerb zueinander stellt. Unter den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung sind die nördlichen Sozialstaaten in der Lage, faire Ansätze zur Sozialpolitik und zu sozialen Rechten zu erhalten, was östlichen und südlichen Sozialsystemen nicht gelingt.

Der Kampf zwischen liberalen und sozialdemokratischen Ansätzen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik nimmt eine globale Dimension an. Die Frage, ob die neoliberale Globalisierung zu einer sozialen Globalisierung führt, ist noch unbeantwortet, wobei die jüngsten Standpunkte der Europäischen Kommission bezüglich der künftigen Richtung der Lissabonner Strategie ('Wachstum und Beschäftigung') erkennen lassen, dass es in der EU einen Paradigmenwechsel gibt hin zu Zielen des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit, zum großen Schaden der sozialen Eingliederung und des sozialen Zusammenhalts.

Es gibt starke Argumente, die für einen Wechsel des aktuellen politischen Diskurses der EU und



der politischen Ausrichtung, vor allem hinsichtlich des Sozialschutzes, sprechen, damit die soziale Eingliederung, der soziale Zusammenhalt und der Kampf gegen Diskriminierung in den Mittelpunkt der Modernisierung der Sozialschutzsysteme gestellt werden.

### **Keine Beschneidung, sondern eine Stärkung der sozialen Rechte für alle**

Wenn die Europäische Union eine Rolle im globalen Kontext als "Gegenpol" zum vorherrschenden neoliberalen Paradigma der Dominanz des freien Marktes übernehmen soll, dann muss das europäische Sozialmodell gestärkt und gestützt werden. Die EU muss beweisen, dass Wirtschaftswachstum und sozialer Zusammenhalt kein Widerspruch sind.

Die Tatsache, dass die stärksten Sozialstaaten der EU auch die wettbewerbsfähigsten sind, beweist, dass Sozialausgaben produktive Ausgaben sind, und dass ein gesellschaftlicher Kompromiss und gesellschaftliche Übereinstimmung, die auf Solidarität beruhen, eine nachhaltige Symbiose von Wettbewerbsfähigkeit und einer auf gleichen Rechten für alle basierenden Fairness bewirken.

Beim vierten Europäischen Runden Tisch zum Thema soziale Eingliederung, der im Oktober 2005 in Glasgow abgehalten wurde, argumentierte das EAPN, dass Europa starke Sozialstaaten braucht und dass starke Sozialstaaten ein starkes soziales Europa brauchen.

Maria Marinakou  
EAPN-Präsidentin

Vergl.: Martin, Hans Peter und Schumann, Harald, Die Globalisierungsfalle - Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Rowohlt, 1996  
ISBN 3-498-04381-1

**Die stärksten Sozialstaaten sind auch die wettbewerbsfähigsten**

## **Der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum ... aber zu welchem Preis?**

**D**ie EU-Staats- und Regierungschefs, die im Jahr 2000 in Lissabon zusammenkamen, versprachen, die EU zum "wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen". Doch zu welchem Preis? Dieses Ziel mag sich zwar um wirtschaftliche Aspekte drehen, hat aber zwangsläufig auch soziale Auswirkungen.

Ökonomisch gesehen sind es die großen Wirtschaftskräfte (Europäische Union, USA, Asien) und die führenden geldwirtschaftlichen Institutionen (Weltbank, Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation), die den Ton angeben ... Seit Jahrzehnten ist klar, dass ein gerechterer Welthandel notwendig ist, um die Armut in der Welt zu bekämpfen. Im Jahr 2001 nannte die Weltbank die horrende Zahl von 1,089 Milliarden Menschen, die in Armut leben. Trotzdem kann man wohl sagen, dass diese Zahl nicht der Realität entspricht, da die Weltbank nur absolute Armut meint und unter extremer Armut ein tägliches Pro-Kopf-Einkommen von einem Dollar versteht. Legt man - wie die EU - die relative Armut als Maßstab zugrunde, so würde die Zahl der Menschen, die von Armut betroffen sind, stark in die Höhe schnellen.

Ein Grund mehr also, um der Forderung nach einem fairen Handel mehr Nachdruck zu verleihen - eine Forderung, die die Welthandelsorganisation anscheinend vollkommen aus den Augen verloren hat. Die Millenniumsziele für Entwicklung, die die Vereinten Nationen im September 2000 offiziell verkündeten, bieten ein Fünkchen Hoffnung, aber, genau wie im Falle der Strategie zur sozialen

Eingliederung, gibt es keine Garantie, dass sie auch in der vorgesehenen Zeit erreicht werden.

### **Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung**

Nehmen wir zwei Beispiele aus dem Rennen um Wettbewerb: Wirtschaftswachstum und die Politik der Liberalisierung:

Bei einer sehr hohen Arbeitslosigkeit ist es unsinnig, Wirtschaftswachstum durch höhere Erwerbsbeteiligungsquoten erreichen zu wollen. Wenn die Menschen länger arbeiten sollen, müssen zusätzliche Arbeitsplätze her, um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten - ein Ziel, das unsere Regierungen nicht richtig umsetzen. Außerdem verzerren die nationalen Arbeitslosenzahlen die Fakten. Betrachtet man Regionen, Gebiete oder Bevölkerungsgruppen mit der höchsten Arbeitslosigkeit (wie benachteiligte Stadtviertel, Frauen oder junge Menschen ausländischer Herkunft) genauer, so kann sich ein nationaler Durchschnitt von 10-15 % leicht in eine lokale Quote von 40-50 % verwandeln.

Zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden, kann auch bedeuten, dass Unternehmen verlagert werden und die nationale Arbeitslosigkeit ansteigt. Die direkte Konsequenz hiervon ist, dass in Entwicklungsländern zwecks Gewinnmaximierung die arbeitende Bevölkerung ausgebeutet wird. In diesen Ländern sind die Löhne sehr niedrig und die Arbeitsbedingungen bisweilen menschenunwürdig. Seit geraumer Zeit ist bekannt, dass die Quote der arbeiten-

**Ein gerechter Welthandel ist notwendig, um die Armut in der Welt zu bekämpfen**

den Armen ("working poor") nicht nur in der Dritten Welt, sondern auch bei uns, sehr hoch ist.

### Der "freie Markt" schlägt zurück

Die Liberalisierungspolitik der EU gefährdet Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. In einigen Ländern, in denen der Strommarkt liberalisiert wurde, wurden die Preise für die Verbraucher höher und nicht niedriger; außerdem wurden Sicherheitsnetze, wie eine garantierte Mindestversorgung, aufgrund der allgemeinen EU-Vorschriften für den freien Markt abgeschafft.

Ganz zu schweigen von der nicht eingehaltenen Zusicherung der westlichen Länder, 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes zu investieren ... was die Menschen aus den Entwicklungsländern wiederum veranlasst hat, sich zu uns aufzumachen, um hier ein besseres Leben zu finden. Ursprünglich wurden sie von unseren Regierungen eingeladen, um die Jobs zu verrichten, die wir nicht länger übernehmen wollten, doch mittlerweile sind die Regierungen und einige Teile der

Bevölkerung der Meinung, dass es zu viele Einwanderer gibt und diese also nicht länger willkommen sind. Das Ergebnis ist eine Politik der Repression und nicht der Aufnahme ... Die Grundsätze der humanitären Hilfe sollten auch bei neuen Migranten angewandt werden, egal, ob es sich bei diesen um "Wirtschaftsflüchtlinge" oder um "politische Flüchtlinge" handelt. Gebraucht wird eine neue Migrationspolitik.

Ludo Horemans  
EAPN-Vizepräsident



## Die Globalisierung und der Arbeitsmarkt

**Die soziale Dimension kann die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen machen.**

**D**er Arbeitsmarkt ist eine starke soziale Institution. Er bildet die wirtschaftliche Grundlage für die Gesellschaft und für das Leben der Menschen. Um adäquate soziale Bedingungen und den Zusammenhalt der Gesellschaft sicherzustellen, ist es von grundlegender Bedeutung, dass der Arbeitsmarkt faire Chancen für alle bietet, da die Menschen von der Globalisierung hauptsächlich über ihre Arbeit und ihre Position auf dem Arbeitsmarkt getroffen werden. Die soziale Dimension muss in den Mittelpunkt der Debatte über die Globalisierung und den Arbeitsmarkt gestellt werden, damit die Globalisierung zu einer positiven Kraft für alle Menschen werden kann.

Die Globalisierung ist von einem Abbau von Handelsschranken, einer Mobilität des Kapitals und der Arbeit sowie der schnellen weltweiten Über-

tragung von Technologien gekennzeichnet. Wir sind uns bewusst, dass die Globalisierung eine ungeheure Auswirkung auf die europäischen Arbeitsmärkte hat und weiterhin haben wird. Die Herausforderungen sind groß: Stellen werden gekürzt oder ganz gestrichen; Unternehmen wandern in billigere Länder ab; ungelernte oder wenig qualifizierte Arbeitnehmer sind den globalen Änderungen und dem Wettbewerb besonders ausgesetzt.

### Eine sehr komplexe Arbeitsteilung

Die europäischen Arbeitsmärkte entstanden vor 50 Jahren, im Zeitalter der Industrie, als es aktive Arbeit und Nationalstaaten gab. Diese Zeiten sind vorbei. Die Globalisierung schafft nach und nach eine einzige Arena mit einer sehr komplexen Arbeitsteilung. Technologischer Fortschritt und der Handel mit Billigländern wird den Bedarf an wenig qualifizierten Arbeitnehmern hin zu den hochqualifizierten Arbeitnehmern verschieben,

## Tragen Sie ein weißes Band



Der "Glo-

bale Aufruf

zum Kampf gegen Armut" ist ein weltweites Bündnis, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, die internationalen Politiker dazu zu bringen, ihre Versprechen einzuhalten und einen Durchbruch bei der Bekämpfung der Armut zu erreichen. Das Bündnis besteht aus verschiedenen Akteuren, die sich für eine gemeinsame Sache, nämlich die Beseitigung der Armut, einsetzen: bereits bestehende Vereinigungen, lokale Gruppen, Gewerkschaften, Einzelpersonen, religiöse bzw. Glaubensgruppen, Aktivisten und viele mehr.

Der Globale Aufruf möchte die Politiker und Entscheidungsträger fragen, was sie unternehmen, um Armut zu beseitigen und sie dazu ermahnen, sofort tätig zu werden. Er bietet eine Möglichkeit, zu fordern, dass die internationalen Politiker gegen Armut vorgehen.

Das ganze Jahr über haben Gruppen und Einzelpersonen ihre eigenen lokalen, nationalen und internationalen Aktivitäten geplant. Auch Sie können dieser globalen Bewegung beitreten, indem Sie ein weißes Band tragen. Egal, ob Sie Mitglied einer Organisation oder eine Einzelperson sind, die gegen Armut vorgehen will - jetzt können Sie aktiv werden.

Weitere Informationen finden Sie unter: <http://www.whiteband.org/>

wobei das Risiko steigender struktureller Arbeitslosigkeit und/oder steigender Ungleichheiten zwischen den Löhnen dieser beiden Arbeitnehmerkategorien entsteht.

Outsourcing ist eine weitere Auswirkung der Globalisierung. Fortschritte in der Kommunikations- und Informationstechnologie machen es immer mehr möglich, Call-Center, die Buchhaltung, das Auditing, die Dateneingabe und -bearbeitung, den IT-Support, die Auswertung von Röntgenbildern, die Globalplanung usw. in Billigländer zu verlegen, genau wie die Herstellung der traditionellen Industrieprodukte.

Auch im Dienstleistungsbereich ermöglichen es neue Technologien und die Internationalisierung der Sprache, den Ort der Produktion und den Ort des Verbrauchs zu trennen und dadurch dem internationalen Wettbewerb Bereiche zu öffnen, die bisher durch sprachliche und kulturelle Barrieren geschützt waren. Die Steigerung der Rentabilität hat bei uns viele Arbeitsplätze vernichtet, insbesondere im Herstellungsbereich.

### Über die Zweiteilung "Liberalisierung oder Protektion" hinausgehen

Die Arbeitsmärkte befinden sich weltweit in einer Phase der Umstellung. Es werden hohe Anforderungen an sie gestellt, vor allem hinsichtlich der Steigerung einkommensschaffender Arbeit für Milliarden von Menschen. Die Arbeitsmärkte verfügen über ein großes Potenzial, um Wohlstand zu schaffen, doch haben sie auch das Potenzial, ernsthafte Konflikte und Krisen zwischen den Ländern hervorzurufen. Von der Art und Weise, wie wir die Arbeitsmärkte steuern, hängt die globale Entwicklung der Zukunft ab. Wir brauchen dringend eine globale Arbeitsmarktstrategie, die über die aktuelle Diskussion "Liberalisierung oder Protektion" hinausgeht.

Europa braucht eine große Anpassungsfähigkeit, die eine aktive Sozialpolitik mitentwickeln kann. Soziale Unsicherheit und Leistungskürzungen motivieren Menschen nicht, ihren Arbeitsplatz zu wechseln. Eine soziale Sicherheit auf hohem Niveau ist eine wichtige Voraussetzung für eine Neuordnung der Arbeitsmärkte

und dafür, dass Europa eine neue Dynamik erhält. Arbeitende Arme dürfen für Europa keine Option sein, um im Wettbewerb mit den neuen globalen Akteuren zu bestehen. Wenn Europa auch im Lohnbereich konkurrieren möchte, müsste es die europäischen Löhne so drastisch kürzen, dass politischer Aufruhr die unausweichliche Folge wäre.

Die Strategie sollte darin bestehen, das Lohnniveau zu halten und den Wert der Produktion zu steigern. Auch muss die Qualifikation ungelerner oder wenig qualifizierter Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt verbessert werden. So sollte die führende Strategie aussehen.

Ole Meldgaard  
Mitglied des EAPN-Exekutiv Ausschusses und der Task Force Beschäftigung.

**Arbeitende Arme dürfen für Europa keine Option sein**



## Schlechte Arbeitsbedingungen

Die Arbeitsbedingungen in Billigländern sind ein wichtiges Thema. In vielen Ländern gibt es nur unzureichende Arbeitsnormen oder solche, die nicht gemäß internationaler Vorschriften angewandt werden. Ein stärkerer globaler Wettbewerb kann dazu führen, dass Arbeits- und Gewerkschaftsrechte noch weiter verletzt werden.

Schätzungsweise müssen 246 Millionen Kinder Kinderarbeit leisten - oft unter gefährlichen Arbeitsbedingungen. Außerdem besagen Schätzungen für das Jahr 2003, dass nahezu 1,4 Milliarden Menschen - das sind 50 % der arbeitenden Bevölkerung weltweit - unterhalb der Armutsgrenze von zwei US-Dollar pro Tag leben. Es gibt ganz offensichtlich weltweit ein großes Defizit an anständigen Arbeitsplätzen, was im Kampf gegen Armut in der Welt eine große Herausforderung darstellt.

Die Arbeitsmärkte werden immer noch von Arbeitslosigkeit heimgesucht. Nach Angabe des Internationalen Arbeitsamtes (International Labour Office, ILO) ist die offiziell bekanntgegebene Arbeitslosigkeit in den letzten zwei Jahrzehnten weltweit angestiegen und lag im Jahr 2003 bei etwa 188 Millionen Arbeitslosen. Darüber hinaus werden in wenigen Jahren eine Milliarde junger Menschen das arbeitsfähige Alter erreicht haben und die Anzahl der verfügbaren Arbeitskräfte vor allem in der Dritten Welt stark erhöhen.

O.M.

# Eine gute Gesundheit nur für den, der sie sich leisten kann?

**"G**esundheit ist alles, was zählt". Leider kann sich aber nicht jeder einer guten Gesundheit erfreuen; eklatante Ungleichheiten bestehen weiterhin, und zwar selbst innerhalb der EU und trotz der ständig steigenden Gesundheitskosten (siehe Schaubild). David Byrne, ehemaliger EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, nahm in seinem "Reflexionspapier" vom Juli 2004 für eine neue gesundheitspolitische Strategie der EU kein Blatt vor den Mund: "Gesundheit hängt immer noch davon ab, wo man lebt, welchen Beruf man hat und wie viel man verdient. Arme Menschen, soziale Randgruppen und Minderheiten leiden in besonderem Maße unter gesundheitlichen Problemen."

## Die Privatisierung untergräbt die Gesundheitssysteme

Indem sie sich auf institutionelle, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und umweltpolitische Bedingungen auswirkt, verbreitet die Globalisierung ein Modell des freien Unternehmertums in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich im Bereich der Gesundheit, die immer stärker als ein individuelles Gut angesehen wird. Marktkräfte sorgen dann dafür, dass "rentable" Personen vom Rest unterschieden werden. Privatisierte Gesundheitsdienste bieten sich also nur denen an, die dafür bezahlen können.

Die Liberalisierung der Gesundheitsdienste kann zu Kürzungen der öffentlichen Ausgaben führen und das Risiko mit sich bringen, dass der universelle Zugang zur Gesundheitsversorgung nicht länger garantiert ist, entweder aufgrund fehlender objektiver Informationen oder aufgrund fehlender Mittel. Eine Folge kann darin bestehen, dass Familien, die von Armut betroffen sind, keine ärztliche Hilfe mehr in Anspruch nehmen oder auf endlos langen Wartelisten landen und sich mit dem begnügen müssen, was von der öffentlichen Leistungserbringung übrig geblieben ist. Das Vereinigte Königreich steht emblematisch für den qualitativen Niedergang der Gesundheitsversorgung für jene, die sich kostspielige Dienste des privaten Sektors nicht leisten können.

## Anderswo ist es noch schlimmer!

Es kann allerdings noch schlimmer kommen. In vielen Ländern, die Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds unterliegen, haben starke Kürzungen der Gesundheitskosten zu größerer Unterernährung, einer höheren Kindersterblichkeit und der Ausbreitung von Aids und Lepra geführt. Der Zugang zu Medikamenten wird durch die Pharmakonzerne erschwert, die an ihren Patenten festhalten, wodurch wiederum der Handel mit abgelaufenen Medikamenten boomt...

Die Globalisierung verursacht auch einen "Brain Drain", also die Abwanderung der Hochqualifizierten in reiche Länder, was einen Mangel an gut

ausgebildetem Personal im Gesundheitsbereich zur Folge hat. Darüber hinaus erzwingt die Globalisierung in vielen Ländern auch eine Einschränkung der Normen für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz. Das Internationale Arbeitsamt (ILO) schätzt die Zahl der jährlichen Arbeitsunfälle weltweit auf 250 Millionen, mit 335 000 Todesfällen, und der Einsatz giftiger Substanzen wiederum sei für über eine Million Todesfälle verantwortlich. Lediglich 5-10 % der Arbeitskräfte in Entwicklungsländern haben Zugang zu einer angemessenen Gesundheitsversorgung.

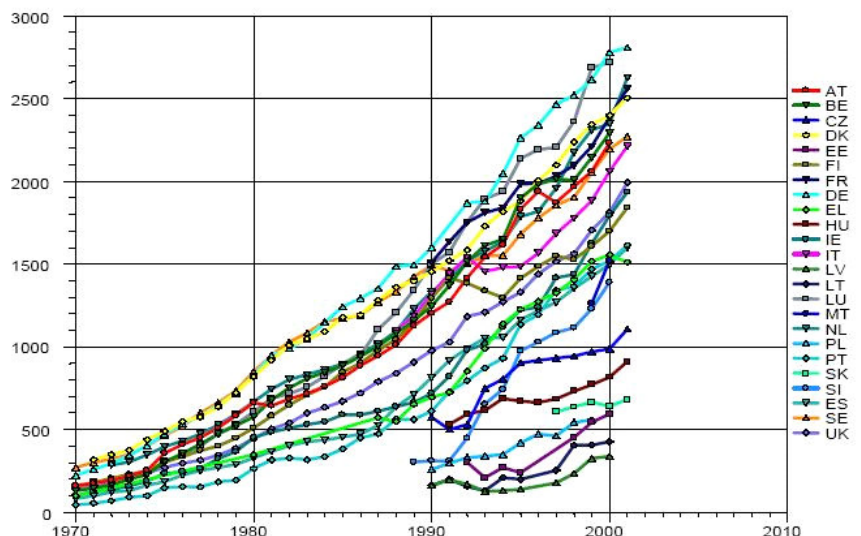
## Förderung ist besser als Behandlung ...

Die Gesundheitsförderung ist traditionell eine Aufgabe des Staates. Doch wie EU-Kommissar David Byrne betonte, sind die europäischen Gesundheitssysteme zu fast 90 % "Krankheitssysteme", da sie so geringe Mittel für die Gesundheitsförderung aufwenden. Die Privatisierung des Gesundheitswesens bringt die Dinge nicht in Ordnung; zynisch ausgedrückt könnte man sagen, dass die Anbieter von Gesundheitsdiensten von den Krankheiten anderer leben ...

Doch hier könnte die Globalisierung Abhilfe schaffen, da der vermehrte Einsatz von Kommunikationstechnologien durch die weitreichende und schnellere Informationsverbreitung die Gesundheitsprävention für alle verbessern sollte.

Vincent Forest

Gesamte Gesundheitsausgaben in Kaufkraftparitäten (KKP) pro Kopf. Quelle: HFA Database, 2004. Die KKP rechnen Preise in eine (fiktive) gemeinsame Währung um, um die Auswirkung der Kaufkraftunterschiede zwischen Ländern zu beseitigen. Dadurch wird ein Vergleich der Gesundheitsausgaben von Mitgliedstaaten möglich: Deutschland steht an der Spitze, Lettland an unterster Stelle.





## UN-Millenniumsziele - eine nordische Sicht

**Die Halbierung der Armut bis 2015 ... ein Ziel, auf das die nordischen Länder hinarbeiten sollten.**

Im Jahr 2000 einigten sich internationale Politiker auf Millenniumsziele für Entwicklung, die die globale Weiterentwicklung durch einen ganzheitlichen Ansatz planen und eine Halbierung der extremen Armut und des Hungers bis 2015 erreichen möchten. Aktuelle Zahlen zeigen jedoch, dass viele Länder diesbezüglich noch im Rückstand sind. Das derzeitige Tempo ist zu langsam, und es scheint so, als würden viele Länder mehr als ein Jahrhundert benötigen, um die Ziele zu erreichen.

**Wird es mehr als ein Jahrhundert brauchen, bis die Ziele erreicht sind?**

Es gibt aber auch positive Anzeichen. Die nordischen Länder etwa (Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden) fördern aktiv die Beteiligung der Zivilgesellschaft beim Erreichen der Millenniumsziele für Entwicklung und auch die Partnerschaft zwischen reichen Ländern und Entwicklungsländern. Außerdem haben sich NRO weltweit auf einen "globalen Aufruf zum Kampf gegen Armut" geeinigt mit dem Ziel, eine gerechte Welt zu erschaffen. Diese Kampagne, deren Symbol ein weißes Band ist, wird lokal in über 90 Ländern unterstützt. In Schweden z.B. läuft die Kampagne unter dem Slogan "Beseitigt Armut jetzt" und wird von mehr als 45 Organisationen unterstützt.

### Fairer Handel

Eine Forderung seitens der Regierungen der nordischen Länder sollte darin bestehen, dass die Treffen der Welthandelsorganisation (WTO) demokratischer werden, und eine weitere Forderung sollte lauten, dass Export- und Agrarsubventionen, die zu Preis-Dumping führen, gestrichen werden. Arme Länder sollten außerdem das Recht haben, ihre eigene Nahrungsmittelproduktion zu schützen.

Entwicklungsländer brauchen mehr Handlungsspielraum, damit sie eine Handelspolitik entwickeln können, die ihre spezifische Entwicklungsstrategie unterstützt. Nach nordischer Sicht

sollten Entwicklungsländer für ihre Produkte einen breiteren Zugang zu den Märkten der reichen Länder erhalten. Als ersten Schritt müssen alle reichen Länder ihrer Zusage eines zoll- und kontingentfreien Zugangs für alle Produkte der unterentwickeltesten Länder nachkommen.

Die nordischen Länder haben auch klar ihren Willen bestätigt, mit den Entwicklungsländern zusammenzuarbeiten, damit die globalen Handelsverhandlungen von Erfolg gekrönt sein werden und Entwicklungsländer die Möglichkeit bekommen, Handel als Mittel im Kampf gegen Armut einzusetzen.

### Schuldenerlass

Die Staatschefs der G8-Länder einigten sich jüngst darauf, 18 der am stärksten verschuldeten Entwicklungsländern die Schulden zu streichen. Dies stellt zwar einen bedeutenden Schritt in die richtige Richtung dar, löst die Schuldenkrise aber nicht. Die nordischen Länder sollten daher auf eine langfristige Lösung der Schuldenkrise drängen. Diese Frage muss in Verbindung mit den Mitteln betrachtet werden, die die betroffenen Länder benötigen, um die Millenniumsziele für Entwicklung zu erreichen.

Was den Schuldenerlass angeht, so sollten die nordischen Länder auch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank dazu anhalten, ihre Anforderungen an arme Länder auf die jeweiligen Strategien zur Armutsbekämpfung und die demokratischen Entscheidungen dieser Länder zu stützen. Die Weltbank und der IWF müssen ihre übergenaue Kontrolle einstellen, und Entwicklungshilfe darf nicht dazu genutzt werden, den Schuldenerlass zu finanzieren.

### Mehr und bessere Entwicklungshilfe

Die nordischen Länder setzen sich aktiv dafür ein, dass die Länder der EU und die weiteren OECD-Länder spätestens 2010 das UN-Ziel

## Die Gesundheit als Quelle des Reichtums

Vielleicht sollten die Verfechter des "Gibst du mir so geb' ich dir"-Prinzips wörtlich genommen werden. Wenn jeder ausgegebene Euro mindestens einen Euro zurückerstatten soll, könnte es sinnvoller sein, sich zu fragen, was eine gesunde Bevölkerung der Wirtschaft einbringt, anstatt die Kosten der derzeitigen Gesundheitssysteme zu untersuchen. Eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben ist wirtschaftlich gesehen möglicherweise keine vernünftige Rechnung.

Die Europäische Kommission befasste sich im Juli 2004 mit diesen Kosten der "Nicht-Gesundheit" in einem "Reflexionspapier", in dem es heißt, dass Gesundheit ein Schlüsselfaktor für Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung ist: "Laut Angabe der WHO (Weltgesundheitsorganisation) führt der Anstieg der Lebenserwartung bei der Geburt um 10 % zu einem Anstieg des Wirtschaftswachstums um 0,35 % pro Jahr [...] 50 % des Wachstumsgefälles zwischen armen und reichen Ländern sind auf Krankheiten und Unterschiede in der Lebenserwartung zurückzuführen."

Die Kommission betont, dass Gesundheitsausgaben langfristige Investitionen und ein wichtiger Motor des Wirtschaftswachstums sind. Europa verliert mehr als 500 Millionen Arbeitstage pro Jahr durch mit der Arbeit verbundenen Gesundheitsproblemen.

Mehr zur gesundheitspolitischen Strategie der EU unter:

[http://europa.eu.int/comm/health/ph\\_overview/strategy/health\\_strategy\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/health/ph_overview/strategy/health_strategy_en.htm)

## 8 Entwicklungsziele

- ~ Extreme Armut und Hunger beseitigen
- ~ Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten
- ~ Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern
- ~ Die Kindersterblichkeit senken
- ~ Die Gesundheit der Mütter verbessern
- ~ HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen
- ~ Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten
- ~ Eine globale Partnerschaft im Dienste der Entwicklung schaffen

Diese acht Millenniumsziele für Entwicklung bilden den Handlungsrahmen, auf den sich im September 2000 147 Staats- und Regierungschefs in der UN-Millenniumserklärung geeinigt hatten. Sie erkannten an, dass Fortschritt auf einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum basiert, das sich auf die Menschen, die von Armut betroffen sind, konzentrieren muss und bei dem die Menschenrechte im Mittelpunkt stehen.

Die Erklärung ruft dazu auf, bis zum Jahr 2015 die Zahl der Menschen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben, zu halbieren. Diese Bemühung beinhaltet auch das Finden von Lösungen gegen Hunger, Unterernährung und Krankheiten, die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und eines größerer Einflusses der Frauen, die Gewährleistung, dass jedes Kind eine Grundschulausbildung erhält, und die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung. Die reichen Länder sind dazu angehalten, den Entwicklungsländern direkte Unterstützung in Form von Hilfe, Handel, Schuldenerlass und Investitionen zu gewährleisten.

Weitere Informationen unter:  
<http://www.un.org/millenniumgoals/m>

erreichen, 0,7 % ihres Bruttonationalproduktes für Entwicklungshilfe zu verwenden. Die Qualität dieser Hilfe ist sicherzustellen, indem die Bedürfnisse der Menschen, die von Armut betroffen sind, sowie Gerechtigkeit, Gleichheit, nachhaltige Entwicklung und eine flexiblere Gestaltung der Entwicklungshilfe berücksichtigt werden. Wenn nicht genug in den Umweltschutz investiert wird, können die Millenniumsziele für Entwicklung wohl kaum erreicht werden; außerdem darf Entwicklungshilfe nicht für militärische Zwecke verwendet werden.

Und schließlich haben sich die nordischen Länder darauf geeinigt, gemeinsam mit gleichgesinnten Ländern ihre Bemühungen fortzusetzen, die Harmonisierung der Entwicklungshilfeprogramme zu stärken, indem die Prioritäten der Empfängerländer gebührend berücksichtigt werden.

Göran Larsson  
Heilsarmee - Mitglied des  
EAPN-Exekutivausschusses

## Nachrichten aus Schweden

### Die soziale Lage in Schweden: Ein Schritt nach vorn, ein Schritt zurück ...

Verglichen mit ihrem Zustand in den 1990er-Jahren ist die schwedische Wirtschaft recht stark. Dadurch ermöglicht sie ein universelles und umfassendes Sozialsystem. 2004 verwandte Schweden 33 % seines Bruttoinlandsproduktes für den Sozialschutz. Das Sozialsystem scheint robust und effektiv zu sein, solange die Arbeitslosenzahlen niedrig bleiben. Je mehr Menschen von dem System abhängen, desto schwächer wird es. Es wurde ein Reformprozess eingeleitet, um das Sozialversicherungssystem wieder in Ordnung zu bringen, das in der Zeit der Finanzkrise, die Schweden in den 1990er-Jahren durchmachte, einen drastischen Verfall erlebt hatte. Leider wird der Entwicklungsprozess von der Tatsache behindert, dass der Trend, was die Beschäftigung anbelangt, trotz einer stabilisierten Wirtschaft weniger positiv ausfiel als erwartet. Schweden ist außerdem mit hohen Zahlen von Langzeitkrankheit konfrontiert, und dies untergräbt in Kombination mit Langzeitarbeitslosigkeit das Grundsystem als Ganzes.

**Krankheit und Arbeitslosigkeit werden als Anzeichen dafür gesehen, dass Menschen faul sind und nicht arbeiten möchten**

#### Immer mehr Menschen fallen durch das soziale Netz

Durch die Tatsache, dass es eine starke Wirtschaft gibt und gleichzeitig eine hohe Arbeitslo-

sigkeit, werden widersprüchliche Botschaften ausgesendet über den aktuellen Zustand des Landes und die Maßnahmen, die für die ständig wachsende Zahl der Menschen durchzuführen sind, die durch das soziale Netz fallen. Einen Weg, den die Regierung eingeschlagen hat, bestand darin, die Bestimmungen zu ändern, damit die Ausgaben auf einem niedrigen Niveau gehalten werden. So gab es z.B. politische Vorschläge, die Ersatzleistungen für Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit oder langer Krankheit betroffen sind, zu kürzen, was ganz klar die verletzlichsten Gruppen der Bevölkerung trifft.

Ein jüngst veröffentlichter Bericht zeigt, dass die Kluft zwischen Jung und Alt seit den 1990er-Jahren größer wird. Junge Menschen - also die 20 bis 34-Jährigen - haben in vielerlei Hinsicht schlechtere Bedingungen als ältere. Sie haben Schwierigkeiten, Zugang zum

Arbeitsmarkt zu finden oder bekommen nur befristete Arbeitsplätze, und zwar selbst dann, wenn sie gut ausgebildet sind. Die Folgen sind zahlreich: Schulden noch aus Studienzeiten, weniger Geld, Schwierigkeiten, eine Wohnung zu mieten oder zu kaufen und Schwierigkeiten, Kredite zu bekommen. Sie erleiden auch schwere Gesundheitsprobleme, vor allem psychische Erkrankungen wie Gefühle der Hoff-

nungslosigkeit oder Angstzustände. Es gibt zahlreiche Beispiele, die zeigen, dass es sich nicht um einzelne, individuelle Probleme handelt, sondern eher um eine strukturelle Funktionsstörung, die auch als solche angegangen werden muss.

Ein wichtiger Faktor, der künftig berücksichtigt werden muss, ist die geänderte Einstellung, die sich seit neuestem beobachten lässt: Kollektive Funktionsstörungen der Gesellschaft werden als persönliche Funktionsstörungen der einzelnen Person angesehen. Krankheit und Arbeitslosigkeit werden als Anzeichen dafür gesehen, dass Menschen faul sind und nicht arbeiten möchten. Ein Beispiel für diese geänderte Einstellung ist das so genannte "Arbeitsmodell", das die Sozialdienste anwenden: Man muss arbeiten, um Sozialhilfe zu bekommen. Eine Folge dieses Modells ist, dass die betroffenen Menschen der Armut und der sozialen Ausgrenzung nicht entkommen können, da es innerhalb dieses Systems keine Verbindung zum regulären Arbeitsmarkt gibt.

### Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer

Die Klüfte zwischen Arm und Reich, Jung und Alt und zwischen den verletzlichsten Gruppen und der Mehrheit der Bevölkerung werden immer

größer. Zu den wachsenden Problemen gehören Segregation, Obdachlosigkeit sowie Alkohol- und Drogenmissbrauch, und diesen Problemen wird nicht die nötige Priorität eingeräumt, da die Bemühungen, das Sozialsystem als Ganzes zusammenzuhalten, den Großteil der Aufmerksamkeit für sich in Anspruch nehmen. Für die Menschen, die durch die Maschen der verschiedenen Sozialsystemnetze fallen oder nicht die Berechtigungskriterien dieser Systeme erfüllen, müssen Zusatzmaßnahmen her.

Auch wenn die schwedische Sozialpolitik dazu gedrängt wird, die Situation der verletzlichsten Menschen zu verbessern, so gibt es doch kein explizites Engagement für die am stärksten ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen der Gesellschaft. Wenn man die schwedische Situation mit "ein Schritt nach vorn, ein Schritt zurück" beschreibt, so soll dies Folgendes heißen: Selbst wenn das Land seine Finanzen wieder in Ordnung gebracht hat, verbessert sich dadurch nicht automatisch die Situation der zahlreichen Menschen, die am Rande von sozialer Ausgrenzung und Armut leben.

Sonja Wallbom  
Schwedische Vertreterin des  
EAPN-Exekutivausschusses

## " Wir müssen auf alle Angriffe auf das Sozialsystem reagieren "

### Interview mit dem schwedischen Minister für Volksgesundheit und Sozialdienstleistungen , Morgan Johansson

**EAPN:** Wie sehen die drei wichtigsten Herausforderungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Schweden aus? Und welche Lösungen schlagen Sie vor?

**Morgan Johansson:** Als Erstes müssen wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt bildet den Hauptfaktor für Marginalisierung. Dieser Punkt stellt für die schwedische Regierung eine der wichtigsten Prioritäten dar.



Als Zweites müssen wir wirtschaftliche und soziale Klüfte verringern. Wir werden das allgemeine Sozialsystem weiterhin stärken. Dies betrifft die Bereiche Bildung, Sozialversicherung, Gesundheitsversorgung und Sozialdienste. Eine Politik, die die Gleichheit fördert, schafft nicht nur bessere Bedingungen für den Einzelnen, sondern sorgt auch für ein größeres Wirtschaftswachstum und größere Stabilität. Es wird mehr Möglichkeiten geben, den verletzlichsten Menschen zu helfen, was für unsere Zukunft von entscheidender Bedeutung ist. Wir müssen auf alle Angriffe auf das allgemeine Sozialsystem reagieren, die darauf abzielen, die Standards des Sozialversicherungssystems

## EAPN Schweden

Das EAPN Schweden wurde 1998 von etwa zehn sozialen NRO gegründet. Heutzutage hat es 40 Mitgliedsorganisationen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Das EAPN Schweden ist vor allem in folgenden Bereichen tätig:

" Information und Lobbyarbeit;  
~ Beteiligung, in Zusammenarbeit mit weiteren NRO, an der Strategie zur sozialen Eingliederung;  
~ Zusammenarbeit mit dem EAPN auf europäischer Ebene;  
~ "Europa nach Schweden bringen", was bedeuten soll, dass die Menschen allgemein und die NRO im Besonderen die Informationen benötigen, die das EAPN zur Verfügung stellen kann.

Die bisher angewandten Methoden bestanden in der Gründung von Task Forces und dem Abhalten von Seminaren und Konferenzen (z.B. am 27. Oktober 2005 zur EU-Verfassung und zum Thema Armut und soziale Ausgrenzung), der Beteiligung am so genannten "Benutzer-Netzwerk" und weiterer Lobbyarbeit. Das Netzwerk hat den Themen Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Wohnverhältnisse und Obdachlosigkeit, Suchterkrankungen und soziale Ausgrenzung besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Die politischen Hauptaussagen stellen fest, dass Folgendes fehlt:

~ Eine allgemeine Sozialpolitik, die alle Bürgerinnen und Bürger miteinschließt;  
~ Aktive Sozialdienste, die sich auf Demokratie, Solidarität und die Achtung individueller Bedürfnisse stützen;  
~ Das Recht auf Bildung und auf Hilfe bei der Arbeitssuche;  
~ Eine Wohnungspolitik, die Segregation und Obdachlosigkeit bekämpft und Zugang zu gutem Wohnraum für alle gewährleistet;  
~ Eine bessere finanzielle Unterstützung der NRO;  
~ Ein verstärkter Dialog zwischen den NRO und der Gesellschaft.

Im kommenden Jahr wird sich das EAPN Schweden verstärkt dem Thema Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit widmen. Da 2006 Parlamentswahlen anstehen, wird dies ein sehr wichtiges Thema für alle politischen Parteien sein.

herabzusetzen.

Und drittens ist der zunehmende Alkohol- und Drogenmissbrauch als weitere Herausforderung zu nennen. Präventive Maßnahmen sind vonnöten. Wir müssen die Rehabilitationsmöglichkeiten für Alkoholranke und Drogensüchtige verbessern. Außerdem brauchen wir eine weltweite Zusammenarbeit im Kampf gegen die mit Alkohol und Drogen zusammenhängende Kriminalität.

**EAPN:** Wie sehen Sie den Wert der nationalen Aktionspläne und der offenen Methode der Koordinierung?

Diese nationalen Aktionspläne sind ein unerlässlicher Bestandteil der Lissabonner Strategie, die darauf abzielt, die EU zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen, der in der Lage ist, die soziale Stabilität zu erreichen. Wohlfahrt hängt vom Wirtschaftswachstum ab, doch das Wirtschaftswachstum wiederum hängt von einer effizienten Sozialpolitik ab. Zahlreiche Studien zeigen, dass es den nordischen Ländern sehr gut gelingt, diese beiden Blickwinkel miteinander zu kombinieren. Das UNDP zählt die nordischen Länder zu den 15 Ländern mit dem höchsten Lebensstandard und der gleichmäßigsten Wohlstandsverteilung. Und das Weltwirtschaftsforum zählt die nordischen Länder zu den zehn wettbewerbsfähigsten Ländern.

**EAPN:** Welche Rolle sollten die Organisationen der Betroffenen bei der Entwicklung der Sozialpolitik übernehmen?

Den Organisationen der Betroffenen kommt die grundlegende Rolle zu, den Blickwinkel der einzelnen Menschen einzubringen. Jegliche Sozialarbeit muss auf der Grundlage des Wissens und der Erfahrun-

gen der Betroffenen durchgeführt werden. Wir müssen vom Blickwinkel der Obrigkeit hin zum Blickwinkel der Einzelnen gelangen. Um den Einfluss der Organisationen der Betroffenen bei der Umsetzung des nationalen Aktionsplans zu stärken, hat die schwedische Regierung im Ministerium für Gesundheit und Soziales einen Ausschuss für soziale Entwicklung eingerichtet. Dieser Ausschuss wird sowohl als Kommunikationskanal als auch als Informationsforum zwischen dem öffentlichen Sektor, den gemeinnützigen Organisationen sowie den Organisationen der Betroffenen fungieren. Ich weiß den Wert dieser Form der Zusammenarbeit sehr zu schätzen. So hat der Ausschuss beispielsweise Seminare zu Themen organisiert wie Obdachlosigkeit und die Lebensbedingungen von Menschen, die drogensüchtig sind oder psychisch krank.

**EAPN:** Entscheidungen auf EU- und internationaler Ebene wirken sich immer stärker auf unser Leben aus. Um ein Europa der Bürgerinnen und Bürger aufzubauen, müssen die NRO echte Chancen bekommen, die europäische Entwicklung zu beeinflussen. Wie kann dies ermöglicht werden?

In Schweden sind Volksbewegungen eine Tradition. Die NRO bilden eine entscheidende Hilfsquelle. Ich bin davon überzeugt, dass es unmöglich ist, eine progressive Sozialpolitik auszuarbeiten ohne die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen und sie zu beteiligen. Wir brauchen verschiedene Formen des Dialogs zwischen Organisationen und Behörden auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Darüber hinaus bietet die schwedische Regierung den NRO übrigens auch finanzielle Unterstützung.

**Interview:** Gunvi Haggren

## Neuerscheinung

## Jahrbuch Gerechtigkeit 1

Deutschland wird derzeit schlechtgeredet. Die Unternehmen beklagen zu hohe Abgaben, zu hohe Steuern und zu hohe Löhne. Sie investieren immer weniger. Der Staat spart, wo er kann. Aus der Sicht der Politik leben die Deutschen über ihre Verhältnisse. Doch diese Klagen verstellen den Blick auf die Wirklichkeit: Deutschland ist nach wie vor ein reiches Land. Und öffentliche Armut im reichen Deutschland muss nicht sein. . . .

Renommierte Autorinnen und Autoren geben neue Einblicke in die theologischen, sozialwissenschaftlichen und politischen Hintergründe von privatem

Reichtum und öffentlicher Armut. Und zahlreiche Schaubilder entlarven wirtschaftliche Behauptungen als das, was sie sind: Mythen im Dienste bestimmter Interessen.

Herausgegeben wird das Jahrbuch Gerechtigkeit 1 von 26 kirchlichen Gliederungen, Institutionen und Organisationen.

Ein gemeinsames Buch von Frankfurter Rundschau und Publik-Forum

[www.fr-aktuell.de](http://www.fr-aktuell.de) [www.publik-forum.de](http://www.publik-forum.de)

ISBN: 3-88095-149-7

**Nachrichten aus dem Netz** möchte Diskussionen zu bestimmten Themen anregen. Die geäußerten Ansichten müssen dabei nicht unbedingt denen des EAPN entsprechen. Wenn Sie uns Ihre Meinung zum Inhalt dieser Ausgabe mitteilen möchten, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)

Chefredakteur: Fintan Farrell

**Verantw. Veröffentlichung:**

Vincent Forest

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) - B-1000 Brüssel  
Tel.: +32 2 230 44 55 - Fax: +32 2 230 97 33 - E-Mail:  
[team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be) - Website: [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

**Übersetzung:** Isabel Kern

**Gestaltung:** Alfred Schleimer

**Mit Unterstützung**

- der Europäischen Kommission und
- des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen, Jugend